

**« Das 21. Jahrhundert könnte ein unangenehmes Jahrhundert werden...
Europa muss seine Interessen gegen die zunehmende Herausforderung autoritärer
Staaten verteidigen. »**

**Interview mit dem Gesandten an der Deutschen Botschaft Paris -
Interview du Ministre plénipotentiaire près l'ambassade d'Allemagne en France -
Prof. Dr. Pascal Hector**

Le 1^{er} décembre 2017, le Ministre plénipotentiaire près l'Ambassade d'Allemagne Pascal HECTOR était au Lycée international François 1^{er} sur l'invitation de Mme Wenzel, présidente du Comité de Jumelage de Fontainebleau, et M Lequesne, professeur à SciencesPo. Paris, afin de répondre aux questions des élèves des sections internationale germanophone et européenne allemande autour des perspectives politiques européennes allemandes deux mois après les élections au Bundestag.

Deutschland ist in einer Periode der Koalitionsbildung. Was ist die mögliche Lösung?

In Deutschland haben fast immer verschiedene Parteien gemeinsam die Regierung gebildet. In den 50er-80er Jahren waren es allerdings nur vier Parteien, CDU/CSU, SPD und FDP, in wechselnden Koalitionen. Heute haben wir ein sehr ausdifferenziertes Parteispektrum mit sieben Parteien. Es führt dazu, dass die Stimmenanteile der einzelnen Parteien immer geringer werden, und deshalb werden die Koalitionsbildungen schwieriger. Die extremen Parteien AfD und Die Linke sind wegen ihrer Position nicht in einer Koalition zu erwarten, aber alle anderen Parteien sollten miteinander in einer Koalition zusammenarbeiten können. Es gab einen Versuch von vier dieser Parteien, CDU/CSU, Grüne und FDP eine sog. „Jamaika-Koalition“ zu bilden, das hat aber aus mehreren Gründen nicht geklappt. Im Moment gibt es Überlegungen, eine Koalition der CDU/CSU mit der SPD zu bilden. Man wird sehen, ob dies Erfolg hat, jedenfalls führt der Bundespräsident Gespräche in diese Richtung. Am 8. Dezember gibt es einen Parteitag der SPD, wo darüber entschieden wird, ob Sondierungen aufgenommen werden und dann wird man sehen müssen, ob diese Sondierungen Erfolg haben, um in Koalitionsverhandlungen übergehen zu können. Wenn es nicht zum Erfolg führen sollte, wäre eine weitere Möglichkeit eine Minderheitsregierung, nur mit der CDU/CSU oder auch in einer kleinen Koalition, die auch eine Minderheitsregierung wäre, der CDU/CSU nur mit den Grünen oder nur mit der FDP. Wenn es auch dazu nicht kommt, oder eine Minderheitsregierung sich als unstabil erweisen würde, gäbe es die Notwendigkeit, Neuwahlen durchzuführen. Die Möglichkeiten hierfür sind in der deutschen Verfassung aber sehr restriktiv ausgestaltet. Dies ist eine Reaktion auf die deutschen geschichtlichen Erfahrungen aus der Zeit der Weimarer Republik (1919-1933), in der man das Parlament sehr leicht auflösen konnte und es dauernd zu Neuwahlen kam, die die politische Lage immer schlimmer gemacht haben: die extremen Parteien sind immer stärker geworden, besonders ab 1932. Deshalb sollen Neuwahlen nach der Konzeption des Grundgesetzes nur als allerletztes Mittel genutzt werden. Bundespräsident Steinmeier müsste am Ende die Entscheidung über die Auflösung des Bundestags treffen und auch er möchte Neuwahlen nur als allerletzten Ausweg beschreiten.

Vor welchen Herausforderungen steht das deutsch-französische Tandem? Was sind die gemeinsamen Perspektiven Deutschlands und Frankreichs?

Wir brauchen zuerst eine nicht nur geschäftsführende deutsche Regierung, die auch langfristige Perspektiven entwickeln kann. Wir haben zwar eine handlungsfähige Regierung, die aber nur

geschäftsführend ist, und sich deswegen zunächst vor allem um das Tagesgeschäft kümmern muss. Deutschland wird sich dann, wenn die neue Regierung im Amt ist, positionieren müssen zu den sehr substanzreichen und zukunftsweisenden Vorschlägen, die Präsident Macron in seiner Sorbonne-Rede vorgelegt hat. Diese werde sicherlich eine Basis für die in nächster Zeit zu treffenden Entscheidungen sein, und auf dieser Basis wird dann versucht werden, Lösungen zu entwickeln, die die Europäische Union weiter voranbringen. Der wirtschaftliche Aspekt ist sehr wichtig, um eine noch bessere Integration des europäischen Wirtschaftsraums und der Währungsunion zu erreichen, wo wir noch Defizite haben, auch wenn wir in den letzten Jahren bereits große Fortschritte gemacht haben. Wir haben zum Beispiel bereits einen deutlich besser integrierten Bankenmarkt. Ein weiterer Aspekt ist das, was Macron als „*l'Europe qui protège*“ bezeichnet hat, den Schutz der Interessen Europas und der Europäer in der Welt des 21. Jahrhunderts. Wir brauchen mehr europäische Verteidigung und da arbeiten wir jetzt schon dran, wie der deutsch-französische Ministerrat vom 13. Juli 2017 gezeigt hat. Sie wissen vielleicht, dass die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit beim Europäischen Rat im Dezember beschlossen werden wird. Die Europäische Union braucht eine stärkere Zusammenarbeit im militärischen Bereich, im Verteidigungs- und Rüstungsindustriebereich, bessere Möglichkeiten Operation durchzuführen. Und wir brauchen eine bessere Kontrolle der Außengrenzen der Europäischen Union, wo wir in den letzten Jahren Defizite gesehen haben. Konkrete Maßnahmen sind hier zum Beispiel ein System, um Personen, die die Außengrenzen überschreiten zu erfassen. Dies ist auch eine Voraussetzung dafür, so rasch wie möglich wieder zum kontrollfreien Reiseverkehr innerhalb des Schengen-Raums zurückkehren zu können.

Seit dem Paar de Gaulle-Adenauer treffen sich die Minister Frankreichs und Deutschlands mehrmals jedes Jahr. Was wurde beim letzten Treffen deutsch-französischer Minister beschlossen?

Wie erwähnt, fand der letzte deutsch-französische Ministerrat am 13. Juli 2017 in Paris statt. Eines der wesentlichen Themen, war die Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich mit konkreten Maßnahmen, unter anderem im Rüstungsbereich, wie zum Beispiel die Entwicklung eines neuen Kampfflugzeugs, um obsolet werdende zu ersetzen.



Gibt es in Europa Aussichten einer gemeinsamen Verteidigungspolitik?

Ja, aber das ist ein Thema, das nicht leicht werden wird. Wir müssen gemeinsam daran arbeiten, die Notwendigkeit zeigt sich nicht zuletzt daran, wie zersplittert die Beschaffungspolitik in Europa ist. Europa gibt ungefähr 50 bis 60% von dem aus was die USA in ihre Beschaffungen ausgeben, bekommt dafür nur ganz grob gesagt 10% der Fähigkeit. Das ist so, weil die Beschaffung auf viele kleine Projekte aufgesplittert ist. Wir müssen auch sonst enger zusammenarbeiten. Ansätze hierfür gibt es bereits, die jetzt ausgebaut werden müssen: es gibt zum Beispiel deutsche Soldaten, die voll in eine französische Einheit integriert sind, oder deutsche Schiffe, die in einen französischen Marineverband integriert sind. Es gibt die deutsch-französische Brigade, die abwechselnd von einem deutschen und einem französischen General geführt wird. Die Zusammenarbeit ist sehr wichtig, da die Zeiten schwieriger werden: Es steht zu befürchten, dass das 21. Jh. ein ungemütliches Jahrhundert werden wird, jedenfalls ein ungemütlicheres als bisher. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs gab es eine Stimmung, in der alle dachten, die Geschichte werde sich linear in die richtige Richtung entwickeln (Fukuyama, „Das Ende der Geschichte“), alles werde sich quasi von selbst in Richtung mehr Demokratie und Herrschaft des Rechts auch in den internationalen Beziehungen entwickeln. Wir sehen aber heute, nicht zuletzt durch die völkerrechtswidrige Annexion der Krim 2014, dass diese Vorstellungen zunehmend in Frage gestellt werden, wir sehen eine Rückkehr zu überwinden geglaubten Formen der Machtpolitik. Dagegen müssen wir uns als Europäer wappnen, weil wir das nur als Europäer können: die Nationalstaaten europäischen Zuschnitts sind dafür zu klein. Wir europäische Staaten können unsere nationale Souveränität heute nur noch dadurch wahren und verwirklichen, dass wir sie in bestimmten Bereichen gemeinsam ausüben, über die Europäische Union. Das ist eine sehr wichtige Erkenntnis, die Präsident Macron in seiner Sorbonne-Rede zu Recht unterstreicht, wenn er von der „*souveraineté européenne*“ spricht.

Wie geht es in Europa mit dem Brexit weiter?

Jetzt bei dem Europäischen Rat erwarten wir eine Vereinbarung über zentrale Fragen, die aus dem Austritt Großbritanniens folgen, z.B. die Haftung für die aufgelaufenen Schulden. Nehmen Sie etwa die Pensionsansprüche, die die EU-Beamten zwischen 1973 und 2019 erworben haben. Da taten sie auch Dienst für das EU-Mitglied Großbritannien, also muss es dafür auch seinen Anteil an den künftigen Pensionen zahlen. Allgemein kann man sagen, dass ein Staat das Recht hat, aus der Europäischen Union auszutreten, wie Artikel 50 EUV zeigt. Dieser Artikel hatte zu einer langen Debatte im Europäischen Konvent geführt, ob man ihn aufnehmen sollte; früher wurde auch die Idee vertreten, die Europäische Union sei unauflöslich. Dann hat aber die Erkenntnis gesiegt, dass man die Möglichkeit zu einer demokratischen und friedlichen Trennung in einem rechtsförmlichen Verfahren vorsehen sollte, schließlich können wir ja keinen Sezessionskrieg führen. Dieses Verfahren des Art. 50 EUV wird jetzt angewandt und es sieht zwei Typen von Abkommen vor: ein Austrittsabkommen und ein Abkommen über die künftigen Beziehung mit der Europäischen Union. Das muss jetzt verhandelt werden. Wir können aber heute schon sagen, dass jede mögliche Regelung in Bezug auf die Beziehungen zur EU nachteiliger sein wird, als das was Großbritannien jetzt hat, weil ein Mitglied eines Clubs immer besser gestellt ist als ein Nichtmitglied.

Wie wird Deutschland in den nächsten Jahren mit der Flüchtlingskrise handeln?

Was die Flüchtlingsproblematik angeht, befinden sich die demokratischen europäischen Länder in einem schwierigen Dilemma. Auf der einen Seite gibt es die moralische und auch rechtliche Verpflichtung, Flüchtlinge aufzunehmen. Auf der anderen Seite gibt es die Schwierigkeit, die Gründe für die Migration zu erfassen und es gibt auch objektive Kapazitätsgrenzen, wo immer die liegen mögen. Für all diese Probleme muss man eine Lösung finden, auch wenn es nicht einfach sein wird. Man wird stärker im Bereich der Außengrenzkontrolle und über die genauere Differenzierung zwischen Flüchtlingen und anderen Migranten arbeiten. Man wird stärker

Fluchtursachen bekämpfen und nach Möglichkeiten suchen müssen, die Gründe, warum Menschen sich in Bewegung setzen, zu beseitigen, also Konflikte lösen und die ökonomischen Voraussetzungen in den Herkunftsländern verbessern. Es gibt hierbei aber ein Problem, eine Glockenkurve: wenn ein Land arm ist, gibt es wenige Emigration auch mangels Möglichkeiten, wenn es reicher wird, erhöht sich zunächst die Migrationsbereitschaft, bis zu einem gewissen Punkt ab dem sie wieder abfällt. Dann muss man in einem weiteren Schritt dafür sorgen, dass die Migranten, die zu uns kommen, so gut wie möglich integriert werden, damit es nicht zu Problemen kommt. Generell kann man nur eines sagen, das Sie mitnehmen sollten: Es gibt keine einfachen Lösungen für die Migrationsfragen! Jeder, der hier einfache Lösungen verspricht, führt die Menschen in die Irre: „*les terribles simplificateurs*“, wie man sie in der Philosophie nennt, können gefährlich für eine Gesellschaft werden. Deswegen muss man also differenzierte Lösungen finden. Das führte auch zu der Frage, wie man Extremismus bekämpfen kann. Das kann man nur durch einen offenen gesellschaftlichen Diskurs, indem man versucht die Probleme, die es objektiv gibt, ernsthaft anzugehen und deutlich zu machen, was gangbare Lösungen sind.

Es gibt zwischen Ost- und Westeuropa einen sozialen und wirtschaftlichen Unterschied. Wie könnte das sogenannte „*Europe à deux vitesses*“ vermieden werden?

Es gibt in der Tat eine Entwicklung zu mehr Differenzierung in Europa. Dies ist auch notwendig, damit diejenigen, die voran gehen wollen, nicht zurückgehalten werden. Es ist auch nicht unbedingt schädlich, sofern es nach dem Prinzip der Offenheit erfolgt: Länder, die am Anfang nicht teilnehmen, können später nachziehen, so dass am Ende doch alle am selben Punkt ankommen. Das ist das Ziel. Aber eben nicht notwendigerweise in einer Gruppe, sondern falls erforderlich in verschiedenen Gruppen. Hinsichtlich der Entwicklung osteuropäischer Gesellschaften ist zu bedenken, dass sie in den ersten 40 Jahren der Nachkriegszeit nicht die Chance hatten, sich demokratisch zu entwickeln. Die haben sie erst seit 1989. Das führt möglicherweise dazu, dass manche dieser Länder noch Umwege gehen werden, aber wir Europäer haben ein großes gemeinsames Interesse daran, dass diese Entwicklung gelingt. Dazu braucht man einen sehr intensiven gesellschaftlichen Austausch. Das ist die Verantwortung von uns allen in Europa, diesen gesellschaftlichen Austausch zu führen, damit die Werte auf denen die EU gegründet ist, sich überall in der EU durchsetzen.



Haben sich die deutsch-amerikanischen Beziehungen seit einem Jahr verändert?

Es ist nur natürlich, dass die Veränderung grundlegender Politikansätze in einem Land wie den USA auch eine Veränderung in den Beziehungen mit den Partnerländern nach sich zieht. Die Entwicklung hat uns noch einmal deutlich gemacht, dass wir Europäer unser Schicksal ein Stück weit stärker in die eigene Hand nehmen müssen. Und da die europäischen Nationalstaaten, wie oben gezeigt, das isoliert nicht können, sondern nur indem sie es gemeinsam tun, innerhalb der EU, muss die EU gestärkt werden. Dabei ist das Ziel, möglichst viel von den wertvollen Aspekten zu behalten, die die europäisch-amerikanischen Beziehungen prägen. Die NATO bleibt für beide Seiten ein unverzichtbarer Pfeiler der gemeinsamen Verteidigung, und das ist wiederum beruhigend. Letztlich kommt es auf die lange Sicht an.

Können Sie die deutsch-türkische Beziehung genau erläutern?

Ein zentrales Element ist das Verhältnis zu den Werten der Europäischen Union, darunter vor allem auch die Rechtsstaatlichkeit. Wenn Menschen bei uns politisches Asyl beantragen und die Voraussetzungen hierfür gegeben sind, dann müssen wir als Rechtsstaaten dieses Asyl gewähren. Das folgt aus dem Grundrecht auf Asyl. Daran kann auch politischer Druck nichts ändern. Unsere Einsatzkräfte für die Irakmission mussten wir leider von der Militärbasis in der Türkei, von wo aus sie ursprünglich operierten nach Jordanien verlegen, da die Türkei den Besuch der zuständigen Bundestagsabgeordneten nicht gewähren wollte. Ein solcher Zugang ist aber notwendig, da die Bundeswehr eine Parlamentsarmee ist. Aber natürlich bleibt die Türkei langfristig ein wichtiger Partner Deutschlands.

Können Sie die deutsch-russischen Beziehungen erklären?

Russland ist ein wichtiger Nachbar, mit dem es ein grundsätzliches Interesse gibt, gute Beziehung zu pflegen. Allerdings hat Russland mit der Annexion der Krim im Jahre 2014 fundamentale Regeln des Völkerrechts gebrochen. Dies ist übrigens keinesfalls, wie es leider gelegentlich in der Presse dargestellt wird, nur eine westliche Auffassung, sondern festgestellt in einer Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen (Resolution 68/262). Hier kommt unser überragendes Interesse an einer regelbasierten internationalen Ordnung ins Spiel, in der Konflikte nicht durch machtpolitische Aktionen sondern nach den Regeln des Rechts entschieden werden - also nicht durch das „Recht des Stärkeren“, sondern durch die Macht des Rechts. Das hat zu Problemen geführt, man muss nun für die Zukunft versuchen, wieder gute Beziehungen zu schaffen, aber es ist ein Unterschied, ob man mit einem Staat auf der Grundlage regelbasierter Ordnung zusammenarbeiten kann oder nicht. Übrigens arbeiten Deutschland und Frankreich besonders eng zusammen bei der Bewältigung der Krise in der Ost-Ukraine, im Rahmen des sog. „Minsk-Prozesses“ gemeinsam mit Russland und der Ukraine.

Wie sieht Deutschland die Atomkraft in Frankreich?

Die unterschiedlichen Auffassungen zur Atomkraft in den Ländern sind durch unterschiedliche historische Erfahrungen geprägt. In Deutschland ist das Bild der Atomkraft vor allem von den Gefahren geprägt. Deutschland wäre im Kalten Krieg das potenzielle Schlachtfeld gewesen und deswegen gab es eine sehr starke Bewegung gegen Atomwaffen. Es hat sich über die Jahrzehnte in der deutschen Bevölkerung insgesamt eine große Abneigung gegen die Atomenergie entwickelt, was in Frankreich nicht der Fall ist. Deswegen wurde in Deutschland die Entscheidung getroffen, bis 2022 aus der Atomkraft auszusteigen, und dafür in Kauf genommen, dass man andere Formen der Energiegewinnung länger nutzen muss. Angesichts dessen wünscht man sich in Deutschland

natürlich auch die möglichst rasche Abschaltung der französischen Atomkraftwerke, vor allem derjenigen in Grenznähe.

Wie ist also in Deutschland die Atomanlage Fessenheim gesehen, die auch nicht weit von der deutschen Grenze liegt?

Wir hoffen darauf, dass es so rasch wie möglich abgeschaltet wird. Es gibt auch Zusagen. Wir sind wirklich daran interessiert, dass diese Abschaltung so früh wie möglich erfolgt.

Was halten Sie von protektionistischen Maßnahmen in Europa?

Protektionistische Maßnahmen führen immer dazu, dass der Wohlstand einer Gesellschaft sinkt. Ricardo hat schon um 1810 gezeigt, dass Gesellschaften, die offen sind, die Handel treiben, so dass sich jeder auf die Produktion mit relativem Wettbewerbsvorteil konzentrieren kann, ein höheres Wohlstandsniveau erreichen, während Gesellschaften, die versuchen, sich protektionistisch zu schützen Wohlstandsverluste erleiden. Aber natürlich müssen wir uns gegen unfairen Wettbewerb, etwa durch Dumping, schützen. Dies tut die Handelspolitik der EU.

Welche sind die besten Studiengänge, um Diplomat zu werden?

Um deutscher Diplomat zu werden, nur darüber kann ich hier sprechen, muss man kein bestimmtes Fach studiert haben. Etwa ein Drittel sind Juristen, wir haben aber zum Beispiel auch Kollegen, die Geologie oder andere exotische Fächer studiert haben. Es ist aber einer der ganz wenigen Fälle in Deutschland, wo es einen „Concours“ gibt. Da geht es um Fragen aus den Bereichen Rechtswissenschaft, Wirtschaftswissenschaften, Geschichte und Allgemeinbildung. Auch die Kenntnis zweier Fremdsprachen ist notwendig. Entscheidend sind aber das Auftreten und die Persönlichkeit, die in einem aufwändigen mündlichen Auswahlverfahren beurteilt werden, sowie – vor allem - die Bereitschaft lebenslang an ständig wechselnden Orten mit ständig wechselnden Aufgaben eingesetzt zu werden.

Clémentine RICHER (TES2-SID)



Matthieu DECOBERT, Clémentine RICHER, Prof. Dr. Pascal HECTOR